

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 4

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Auch das Ende des Monats März und der Anfang des April standen im Zeichen wichtiger Wahlen:

Am 18., 19. und 20. März waren in *Baselstadt* der Regierungsrat und der Große Rat neu zu bestellen. Die Wahl der sieben bisherigen Regierungsräte war unbestritten. Bei den *Großratswahlen* traten relativ – das heißt mit Rücksicht auf das Proporzverfahren – erhebliche Verschiebungen ein, die sich in einer Dezimierung der Partei der Arbeit (von 16 auf 8 Sitze), einer Stärkung der bürgerlichen Parteien und einem leichten Rückgang der Sozialdemokratischen Partei (von 41 auf 39 Sitze) zusammenfassen lassen. Etwa 10 500 Wähler haben sich für die Sozialdemokratie ausgesprochen, also rund 1000 weniger als bei den letzten Großratswahlen. Dieser zahlenmäßig bedeutsame Verlust ist allerdings im Hinblick auf die geringere Stimmbeteiligung nicht als schlimm zu werten. Immerhin, ein leichter Rückschlag ist nicht zu verkennen. Seine Ursachen sind komplex: Das Auftreten einer neuen Liste «Unabhängiger Sozialisten und Gewerkschafter», hinter der Kommunisten, welche nach der Ungarn-Tragödie der PdA den Rücken gekehrt haben, stecken, hat unter der Arbeiterschaft einige Verwirrung gestiftet. Der bürgerlich geleitete ACV hat auch bei diesen Wahlen mit einem Theatercoup aufgewartet, indem er unmittelbar vor dem Wahltag die Rückvergütungen herabsetzte, was dann in perfider Weise gegen die Sozialdemokraten ausgeschlachtet wurde. Der Hauptgrund liegt aber zweifellos in der für die Gesamterneuerungswahlen der kantonalen Behörden völlig unbefriedigenden Stimmbeteiligung von bloß 61 Prozent. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die fortschrittliche konstruktive Politik der SP Baselstadt (zum Beispiel kantonale Arbeitszeitverkürzung, soziale Zahnpflege, Stipendienreform, Verbesserung des Feriengesetzes usw.) nicht mehr Resonanz im Volke draußen gefunden hat.

Bei den *Großratswahlen* im Kanton St. Gallen haben dagegen die Sozialdemokraten ihre Stellung behauptet, ist doch der Verlust von gesamthaft einem Mandat ausgesprochen auf Proporzpech zurückzuführen.

Das Hauptinteresse galt zweifellos dem Ausgang des zweiten Wahlgangs der *Zürcher Ständeratsersatzwahl* vom 2. und 3. April. Regierungsrat Meier wurde mit 76 048 Stimmen gewählt; auf Genosse Dr. Meierhans entfielen 73 729 Stimmen. Auch der Zürcher Sozialdemokratie ist es somit nicht gelungen, das Ständeratsmandat, das sie jahrzehntelang hervorragend besetzt

und für das sie wiederum einen bestqualifizierten Kandidaten vorgeschlagen hatte, zu halten. Von einer Niederlage zu sprechen, ist allerdings nicht am Platze; im Gegenteil, die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich sowie Genosse Meierhans haben einen unbestreitbaren Achtungserfolg errungen, auf den sie stolz sein dürfen. Gegenüber dem ersten Wahlgang hat Genosse Meierhans seine Wählerzahl um 6934 zu steigern vermocht. Er hat mehr als 49 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. Mit diesem Resultat wurde neuerdings bewiesen, wie gerecht der Anspruch der Sozialdemokraten auf wenigstens eines der beiden Ständeratsmandate ist. Erfreulich ist die Tatsache, daß eine große Zahl von Stimmberechtigten den Ernst und die Wichtigkeit des Entscheides erfaßten, so daß die Stimmbeteiligung wesentlich größer als im ersten Wahlgang war. – Die Vertretung der Sozialdemokratie im Ständerat ist nun durch die kurzsichtige Machtpolitik der bürgerlichen Parteien auf zwei Mandate zusammengekürzt worden. Die stärkste Landespartei ist damit praktisch ihres Einflusses in der zweiten Kammer beraubt worden, was innenpolitisch noch nicht zu überblickende Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Beim zweiten Wahlgang der *Stadtammannwahl in Grenchen* haben die Sozialdemokraten einen gewaltigen und imponierenden Erfolg errungen, der für die ganze Schweiz wegleitend sein soll. Die Hauptleistung der Grenchner Genossen liegt darin, daß es ihnen gelungen ist, die ohnehin schon gute Stimmbeteiligung von 91 Prozent im ersten Wahlgang auf gar 95,35 Prozent zu steigern. Nur so war es möglich, die Wahl des Genossen Eduard Rothen und die Fortsetzung des Werks unseres Genossen Adolf Furrer sicherzustellen.

In den letzten Tagen der Frühlingsession hatten sich die Nationalräte mit der *Festlegung der Linienführung der Nationalstraßen* zu befassen. Daß es nicht leicht war, über alle die verschiedenen regionalen Sonderwünsche zu befinden, leuchtet ein. Wichtig ist aber zweifellos, daß mit dem Bau der bedeutsamsten Strecken möglichst rasch begonnen werden kann. Das wird uns ja – seit Beginn des Monats April in noch eindrucklicherem Maße – tagtäglich durch den zunehmenden Verkehr vor Augen geführt. In der ausgedehnten, zum Teil recht scharf geführten Debatte hat sich Genosse Tschudi als tüchtiger und gewandter Bundesrat vorgestellt. In der kurzen Dauer seit seinem Amtsantritt hat er sich bereits derart gründlich in die komplexe Materie eingearbeitet, daß er durch seine Sachkenntnis den Rat zu überzeugen vermochte. Wenn man auch mit dem einen oder andern Entscheid – vielleicht aus lokalen Überlegungen heraus – nicht einig geht, ist sicher das Bestreben zu billigen, im Rahmen der gesamtschweizerischen Wichtigkeit über das Straßennetz zu entscheiden. Das bedeutet aber nicht zuletzt, daß im jetzigen Moment irgendwo die Grenze bezüglich der zu bewilligenden Streck-

ken gemacht werden mußte. Für die in Aussicht genommenen Straßen wird mit einem Aufwand von über vier Milliarden gerechnet. Neben dem Ausbau der Straßen haben der Bund und die Kantone in den nächsten Jahren aber noch andere wichtige Aufgaben, insbesondere in sozialer Hinsicht, zu erfüllen, für die die Mittel dann nicht fehlen sollen.

Im Märzheft haben wir über die Entwicklung des Verfassungszusatzes, der die Preis- und Mietzinskontrolle regeln soll, berichtet und dargelegt, wie der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit der Räte um der Handels- und Gewerbefreiheit willen Hunderttausende von Mietern erheblichen Mietzins-erhöhungen und alle Konsumenten einem massiven Milchpreisaufschlag aussetzen. Ganz im Gegensatz zu dieser «grundsätzlichen» Haltung schlägt der Bundesrat nun nicht nur eine Verlängerung, sondern eine Verewigung der *Pachtzinskontrolle* vor. Die Notwendigkeit einer solchen Kontrolle wird auch von uns keineswegs bestritten, spielt doch das Gesetz von Angebot und Nachfrage auch hier nicht, angesichts der stetigen Verminderung von Kulturland. Würde nicht die staatliche Kontrolle einsetzen, wären bedeutsame Pachtzinserhöhungen zu befürchten, die zum Teil die bäuerlichen Pächter ruinieren, ganz sicher aber neue Preisbegehren der Landwirtschaft nach sich ziehen würden. Daß man das zu verhindern sucht, ist absolut in Ordnung. Es darf aber in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß auch die große Masse der Mieter und Konsumenten eines Schutzes gegen eine schädliche Teuerungswelle bedürfen und daß zu diesem Zwecke mit dem genau gleichen Recht von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden darf, indem ein entsprechender Verfassungszusatz statuiert wird. Daß dazu insbesondere auch die bäuerlichen Parlamentarier nicht Hand geboten haben, ist bedauerlich. Es ist für unsern Rechtsstaat zweifellos gefährlich, wenn dermaßen mit ungleichen Ellen gemessen wird.

Über die Frage, wer zukünftig die *Teuerungszulagen für das Bundespersonal* festsetzen solle, wurde vor Jahresfrist im Parlament heftig gestritten. In seiner Botschaft vom 1. April hat der Bundesrat sich nun dazu durchgerungen, die Kompetenz weiterhin den eidgenössischen Räten zu überlassen. Es ist zu begrüßen, daß der Bundesrat nun seine Stellungnahme geändert hat; denn es ist wichtig, daß die Volksvertreter und nicht die Exekutive die Lohnpolitik im Bunde bestimmen können.

A. Sch.

Außenpolitik

Die rigorose *Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung* stößt immer mehr auf den aktiven Widerstand der farbigen Bevölkerung. In Sharpeville demonstrierten Tausende von Eingeborenen friedlich gegen den von der Regierung Verwoerds erlassenen Paßzwang für Neger. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Demonstranten, wobei über fünfzig Menschen getötet und weit mehr als hundert Personen verletzt wurden. Das blutige Massaker löste in der ganzen Welt Entrüstung und Proteste aus. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verurteilte in einer Resolution die südafrikanische Rassentrennungspolitik. (Frankreich und Großbritannien hatten sich in der Abstimmung der Stimme enthalten!) Das auf Premierminister Verwoerd am 9. April verübte Attentat, unsinnig und wie jedes politische Attentat schärfstens zu verurteilen, wird wohl die Spannungen in Südafrika noch verschärfen.

In Südafrika werden die Schwarzen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet; für die farbige Bevölkerung gibt es keine wirkliche Freiheit; Neger werden in den Straßen ausgepeitscht; die Polizei schreckt vor Gewaltanwendung gegenüber streikenden Eingeborenen nicht zurück. Dabei müßte es doch der südafrikanischen Regierung klar sein, daß ihre verhängnisvolle Politik gegenüber der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas Wasser auf die Mühlen der Extremisten auf der andern Seite bedeutet. Schon drängt sich eine beängstigende Frage auf: Wird es in Südafrika zu einem zweiten algerischen Drama kommen? Daß auch die Andersfarbigen einen Anspruch auf Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand haben, dürfte für alle jene Menschen eine Selbstverständlichkeit sein, denen die Menschenrechte mehr bedeuten als eine bloße sonntägliche Deklamation zur Beruhigung des eigenen (schlechten) Gewissens.

Die intensive *Reisetätigkeit prominenter Staatsmänner* aus Ost und West hält an. Eine konzentrierte politische Aussprache fand zwischen Eisenhower und Macmillan anläßlich eines Blitzbesuches des britischen Premierministers beim amerikanischen Präsidenten statt. Chruschtschews Frankreich-Besuch war hingegen eher eine Goodwill-Reise, reich garniert mit heftigen sowjetischen Ausfällen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend an Chruschtschews Frankreich-Besuch wurde Präsident de Gaulle mit großem Pomp in England empfangen und von der englischen Bevölkerung begeistert begrüßt. Der Besuch dürfte das Klima der britisch-französischen Beziehungen verbessert haben, obwohl (oder vielleicht gerade deshalb) politische Gespräche nicht im Mittelpunkt standen.

In *Bayern* haben die *Kommunalwahlen* den Sozialdemokraten einige überraschend deutlich ausgefallene Wahlerfolge gebracht. Geradezu sensa-

tionell wirkte das Ergebnis der Münchner Oberbürgermeisterwahl; der erst 34jährige Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Hans-Jochen Vogel, wurde mit 64 Prozent der Stimmen glanzvoll gewählt. Es wird nun bereits vermutet, daß dieser Erfolg der Jugend dazu führen könnte, daß die SPD bei den nächsten Bundestagswahlen den populären Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, als sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten bezeichnen wird, um dem weit über 80 Jahre alten Adenauer eine attraktive jugendliche Persönlichkeit – Willy Brandt ist 46 Jahre alt – gegenüberzustellen. Eine noch saftigere Niederlage als in München hat die Christlich-Soziale Union in der Bischofsstadt Regensburg einstecken müssen. In Regensburg stellt die SPD den Oberbürgermeister und gewann die absolute Mehrheit.

Aus Wien erreichte uns die schmerzliche Nachricht vom *Tod Benedikt Kautskys*, der als hervorragender Theoretiker und Politiker an der Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Österreichs maßgeblich beteiligt war. (Wir verweisen auf die ausführliche Würdigung dieses großen Sozialisten aus der Feder von Robert Bolz in dieser Nummer der «Roten Revue».)

In *England* kam es im Streit um den Punkt 4 der Parteistatuten der *Labour Party* zu einem Kompromiß: Der bisherige Text bleibt bestehen, wird aber durch eine Zusatzklausel genauer umschrieben. Punkt 4 der Parteistatuten lautet: «Den Hand- und Kopfarbeitern sollten die vollen Früchte ihres Fleißes und die möglichst gleichmäßige Verteilung dieser Früchte auf der Basis des Gemeineigentums der Produktionsmittel, der Verteilung und des Handels sowie des bestmöglichen Systems der Verwaltung und Kontrolle jeder Industrie oder jeden Dienstes durch das Volk gewährleistet werden.» Der neue Zusatz lautet folgendermaßen: «Die Partei ist überzeugt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Ziele nur durch eine Ausweitung des Gemeineigentums erreicht werden können, die genügend umfangreich ist, um der Gemeinschaft Macht über die Leitung der Wirtschaft zu geben, einschließlich von Industrien und Firmen im Staatseigentum, Genossenschaften von Produzenten und Konsumenten, städtischen Eigentums und öffentlicher Beteiligung an privaten Konzernen. Indem die Partei anerkennt, daß sowohl öffentliches als auch privates Unternehmertum einen Platz in der Wirtschaft haben, ist sie der Auffassung, daß eine weitere Ausweitung des Gemeineigentums von Zeit zu Zeit im Lichte dieser Ziele und gemäß den Umständen beschlossen werden sollte, unter angemessener Berücksichtigung der Auffassungen der betroffenen Arbeiter und Konsumenten.» B. H.